

Amtsverlust trotz Amtsbonus? Wechsel im Ministerpräsidentenamt nach Landtagswahlen (1991 bis 2022)

Franziska Carstensen, Jakob Hirn und Kevin W. Settles

Die Bundestagswahl 2021 markierte die erste Wahl auf Bundesebene, bei der kein amtierender Regierungschef zur Wiederwahl antrat. Während für Landesregierungen ein Inhaber-Bonus festgehalten werden konnte, wurde die Frage, ob Landesregierungschefs von einem Amtsbonus profitieren, bisher nur wenig beleuchtet. Ausgangspunkt dieser Untersuchung bildete die bislang ungeprüfte Wahrnehmung, dass amtierende Ministerpräsidenten vergleichsweise selten bei Landtagswahlen verlieren. Anhand einer Analyse aller Landtagswahlen der vergangenen 31 Jahre (1991 bis Mai 2022) wurde nachvollzogen, wie oft der Fall auftrat, dass von einem Amtsbonus auf Landesebene die Rede sein kann und welche Faktoren verstärkt mit der Ab- bzw. Wiederwahl einhergehen. Im untersuchten Zeitraum stellte der Amtsverlust amtierender Regierungschefs eine Ausnahme dar. Ministerpräsidenten hielten sich demnach länger im Amt als Koalitionen auf Landesebene. Darüber hinaus war es für die nachfolgende Parlamentswahl potentiell eine Bürde, wenn Ministerpräsidenten während einer Wahlperiode vom Landesparlament ins Amt gewählt wurden. Bemerkenswert ist, dass Landesparlamente häufiger während einer Wahlperiode eine neue Person ins Amt wählten als nach einer Landtagswahl.

Das Wichtigste in Kürze:

1. Amtierende Ministerpräsidenten verloren zwischen 1991 und Mai 2022 nur relativ selten ihr Amt aufgrund einer Wahlniederlage; dies geschah nach 19 von 112 Landtagswahlen, was einem Anteil von 17 Prozent entspricht.
2. Einen neuen Ministerpräsidenten gab es nach ungefähr jeder vierten Landtagswahl, da es auch zu sechs Rücktritten von Amtsinhabern nach Landtagswahlergebnissen, die als nicht erfolgreich genug angesehen wurden, kam und drei Amtsinhaber nicht mehr zur Wahl antraten.
3. Es wurden mehr neue Regierungschefs während einer Wahlperiode vom jeweiligen Landesparlament ins Amt gewählt als nach einer Landtagswahl, wobei außer in einem Fall alle während einer Wahlperiode ins Amt Gewählten derselben Partei angehörten wie der oder die Vorgänger/-in.
4. Als potentielle Bürde erwies sich die Nachfolge während einer Wahlperiode, nachdem der oder die Vorgänger/-in auf einen anderen Posten, meist in der Bundespolitik, gewechselt war. In fünf von elf Fällen verlor der so ins Amt gekommene Regierungschef den Posten nach der nächsten Landtagswahl.
5. Besonders viele Ministerpräsidenten (alle von der SPD) verloren ihr Amt während der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (1998 bis 2005); unter den Bundesländern war Nordrhein-Westfalen am häufigsten von Amtsinhaberwechseln nach Landtagswahlen betroffen, nämlich drei Mal.

Das Amt des Ministerpräsidenten ist als „Kanzlerschmiede“¹ prädestiniert, künftige Bundeskanzler hervorzubringen. Fünf von neun Regierungschefs standen vor ihrer Kanzlerschaft an der Spitze einer Landesregierung: Kurt-Georg Kiesinger, Helmut Kohl und Gerhard Schröder waren Ministerpräsidenten² der Flächenländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, Willy Brandt war Regierender Bürgermeister West-Berlins und Olaf Scholz Erster Bürgermeister in Hamburg; Konrad Adenauer verfügte über exekutive Erfahrung als Bürgermeister Kölns und Helmut Schmidt als Senator, ebenfalls in Hamburg. Auch im Kontext der Diskussion um eine zunehmende Personalisierung sollte interessieren, wer das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet und auf welchem Wege er oder sie zu diesem Amt kommt.

¹ [...] [D]as Amt des Ministerpräsidenten scheint für das des Kanzler [sic] bzw. Kanzlerkandidaten in besonderer Weise zu prädestinieren.“ Peter März: Ministerpräsidenten, in: Herbert Schneider / Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder, Wiesbaden 2006, S. 148 – 184, S. 179.

² In diesem Beitrag wird „Ministerpräsident“ als umfassender Terminus für alle Leiter von deutschen Landesregierungen benutzt, darunter fallen auch die Bürgermeister von Bremen und Hamburg sowie der Regierende Bürgermeister in Berlin. Ebenso sind damit männliche und weibliche Amtsinhaber erfasst.

In den bisherigen Landtagswahlen des Jahres 2022 verlor mit Tobias Hans ein Amtsinhaber seinen Posten, während Daniel Günther und Hendrik Wüst (alle CDU) Wahlerfolge feiern konnten. Diese kurze Beobachtung lässt aufhorchen: Wie häufig kommt es letztlich zum Wechsel im Ministerpräsidentenamt – und mit welchen Faktoren geht ein Amtsverlust einher? Mit einem gewissen Bekanntheitsgrad in der Wahlbevölkerung und der Möglichkeit, sich im Amt zu bewähren bzw. mit positiven Interpretationen ihrer politischen Bilanz für sich zu werben, liegen die Vorteile der Amtsinhaber auf der Hand. Wenngleich Koalitionen auf Landesebene bereits ein „Amtsinhaber-Bonus“³ attestiert werden konnte, wurde der Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten diesbezüglich bislang wenig beleuchtet. Schell analysierte mit der Kandidatenbewertung und Amtsdauer zwei Dimensionen des Bonus⁴, Träger und Oppelland befassten sich ausschließlich mit Kandidatenbewertungen seitens der Wählerschaft.⁵ Im Folgenden wird untersucht, inwiefern ein Amtsbonus auftritt, gemessen daran, ob ein zur Landtagswahl antretender Amtsinhaber auch vom Landesparlament wieder zum Regierungschef gewählt wird. Als Bonus wird demzufolge das Im-Amt-Sein zum Zeitpunkt einer Landtagswahl definiert, während eine Kontinuität im Amt über eine Wahl als Bestätigung dieses Bonus⁶ aufgefasst wird.

Profitieren neben den Regierungskoalitionen auch die ihr vorstehenden Ministerpräsidenten von einem Amtsbonus? Kurzum: Wer verlor das Ministerpräsidentenamt nach Landtagswahlen wann, wo und warum? Zur Klärung dieser Fragen wurden alle Landtagswahlen zwischen der hessischen vom 20. Januar 1991 und der nordrhein-westfälischen vom 15. Mai 2022 untersucht.⁶ Zunächst steht im Mittelpunkt, wer unter welchen Umständen das Amt einbüßte, und es wird erläutert, mit welcher Datenbasis und -struktur gearbeitet wird. Daran anschließend geht es um zeitliche und territoriale Muster in den Wechseln. Wie zu zeigen sein wird, gestaltete sich das Aufspüren von Gründen für den Amtsverlust nicht einfach, wobei die Suche aufschlussreiche Auffälligkeiten zutage fördern konnte.

3 Thomas Bräuninger / Marc Debus / Jochen Müller / Christian Stecker: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, 2. Auflage, Wiesbaden 2020, S. 224.

4 Schell hat sich mit dem Einfluss der Spitzenkandidaten auf die individuelle Wahlentscheidung in westdeutschen Landtagswahlen beschäftigt. Er nutzt unter anderem Befragungsdaten. Ihm zufolge lassen sich steigende Personalisierungstendenzen bei der Wahl von CDU und CSU feststellen, jedoch sinkende bei der Wahl der SPD. Toni Sebastian Schell: Personalisierungstrends der Wahlentscheidung. Spitzenkandidaten und Kontextbedingungen bei westdeutschen Landtagswahlen, Wiesbaden 2019.

5 Träger und Oppelland nutzen Befragungsdaten der Forschungsgruppe Wahlen. Für sie bedeutet Amtsbonus, „dass die Amtsinhaber aufgrund verschiedener Faktoren wie der größeren Bekanntheit und Sichtbarkeit für die Wähler besser bewertet werden als die Spitzenkandidaten der anderen Parteien“. Den Autoren zufolge wird die Entscheidung der Wähler nicht allein vom Faktor Persönlichkeit bestimmt. Hendrik Träger / Torsten Oppelland: Amtsbonus bei Landtagswahlen? Die Bewertung amtierender Ministerpräsidenten, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (Hrsg.): Jahrbuch für Föderalismus 2021, Baden-Baden 2021, S. 207 – 220, S. 209 f. und S. 220.

6 Die deutsche Vereinigung gilt somit als Startpunkt der Analyse. Die Wahlen zu den fünf ostdeutschen Landtagen vom 14. Oktober 1990 werden nicht einbezogen, da es dort jeweils keinen Amtsinhaber gab, der zur Wahl hätte wiederantreten können. Auch die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, die wie die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 stattfand, wird nicht betrachtet, da der damalige Regierende Bürgermeister West-Berlins Walter Momper nur der Amtsinhaber für einen Teil der Stadt war.

Wer verlor unter welchen Umständen das Ministerpräsidentenamt?

In den 112 Landtagswahlen, die im Untersuchungszeitraum zwischen 1991 und Mai 2022 stattfanden, traten in nur drei Fällen die Amtsinhaber nicht mehr zur Wahl an. Dies bildet also eine Ausnahme. Das Vorgehen Angela Merkels, die seit 2005 das Amt als Bundeskanzlerin innehatte und nicht mehr zur Bundestagswahl 2021 kandidierte, ist nicht nur für die Bundesebene ungewöhnlich. Die drei Fälle lassen sich in Sachsen-Anhalt (Wolfgang Böhmer 2011), Schleswig-Holstein (Peter Harry Carstensen 2012) sowie in Berlin (Michael Müller 2021) finden.

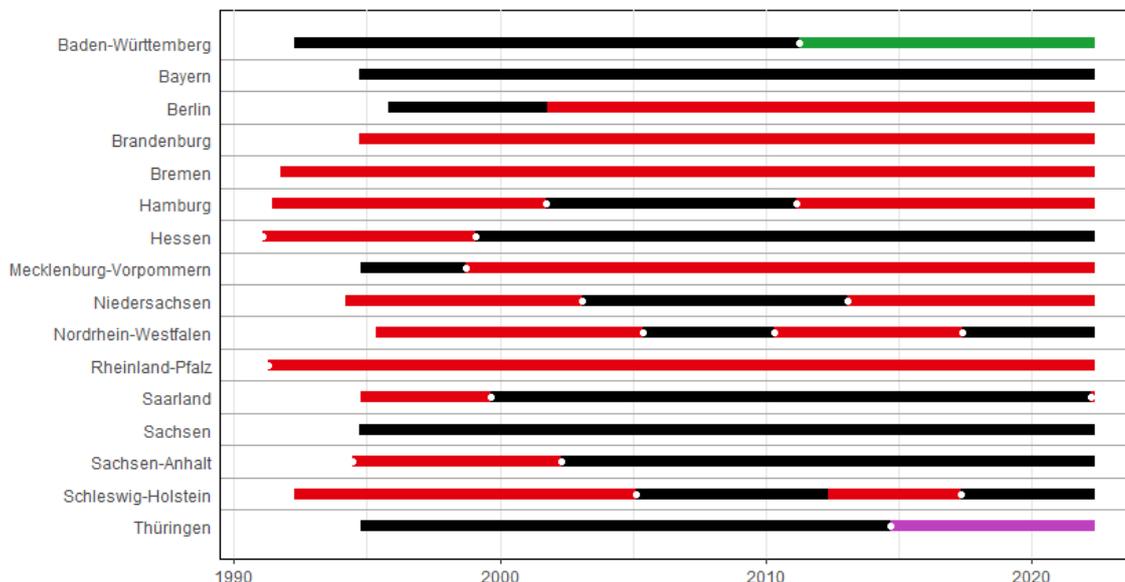
In sechs Fällen gewann die Partei des jeweiligen Amtsinhabers zwar die Wahl, dieser zog sich aufgrund eines schlechten Abschneidens seiner Partei aber aus dem Amt zurück. Dies geschah vor allem in Bremen häufig, nämlich drei Mal (Klaus Wedemeier 1995, Jens Böhrnsen 2015, Carsten Sieling 2019) sowie je ein Mal in Bayern (Günther Beckstein 2008), Hamburg (Henning Voscherau 1997) und Thüringen (Dieter Althaus 2009).

In 19 Fällen trat der amtierende Ministerpräsident zur Landtagswahl an und verlor sein Amt aufgrund von Wählerstimmeneinbußen seiner Partei und/oder Koalition (vgl. Abbildung 1). Das heißt, in 17 Prozent aller Landtagswahlen in über 30 Jahren hat der Amtsinhaber sein Amt aufgrund von Wahlniederlagen verloren (vgl. Tabelle 1). Nimmt man die zuvor erwähnten neun Fälle dazu, kam es nach jeder vierten Landtagswahl (25,0 Prozent) zu einem Wechsel im Ministerpräsidentenamt. Solche Wechsel sind damit seltener, als sich parteipolitische Zusammensetzungen von Landesregierungen ändern. Zwischen 1990 und 2018 konnte in rund 40 Prozent der Fälle die Vorgängerregierung nach Landtagswahlen fortgesetzt werden (43 von 103 Fällen).⁷ Es kam also in knapp 60 Prozent der Fälle zu einem Wechsel in der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierungen, während es nur in 25 Prozent einen neuen Ministerpräsidenten nach Landtagswahlen gab (allerdings bei variierenden Untersuchungszeiträumen: für Regierungen 1990 bis 2018⁸, für Amtsinhaber 1991 bis 2022).

⁷ Thomas Bräuninger u.a.: aa.O. (Fn. 2), S. 216. Bräuninger u.a. berücksichtigen dabei alle parteipolitischen Zusammensetzungen von Landesregierungen, also auch die Fälle, in denen ein kleiner Koalitionspartner wechselt. Andere Befunde zu Regierungswechseln nach Landtagswahlen legt hingegen Decker vor. In seiner nach Jahrzehnten gegliederten Untersuchung betragen die Werte für Regierungswechsel auf Landesebene 39 Prozent (1991 bis 2000), 41 (2001 bis 2010) und 46 Prozent (2011 bis 2017). Hierbei ist zu beachten, dass Decker Regierungswechsel vor allem auf die CDU und SPD definiert verwendet, indem ein Regierungswechsel nur vorliegt, „wenn nach der Wahl eine der beiden großen Parteien (Union/SPD) aus der Regierung ausscheidet oder in die Regierung eintritt“ (Frank Decker: Parteiendemokratie im Wandel, in: Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2018, S. 3 – 41, S. 16).

⁸ Bräuninger u.a. (aa.O. (Fn. 2), S. 215) untersuchen die Zeit zwischen der saarländischen Landtagswahl am 28. Januar 1990 und der Wahl zum Hessischen Landtag am 28. Oktober 2018.

Abbildung 1: Wechsel im Ministerpräsidentenamt nach Landtagswahlverlusten in den 16 Ländern (1991 bis Mai 2022)



Anm.: Die kleinen weißen Punkte markieren den Wechsel im Ministerpräsidentenamt nach einem Landtagswahlverlust. Die Farben geben jeweils die Partei des Amtsinhabers wieder (rot SPD, schwarz CDU oder CSU, grün Bündnis 90/Die Grünen, lila Linke). Die sechs Fälle, in denen der amtierende Ministerpräsident zwar die Landtagswahl gewann, aber aufgrund von Stimmenverlusten seiner Partei zurücktrat, sind nicht mit aufgeführt.

Quelle: Eigene Recherche und Darstellung.

Erhoben wurde der Wahlausgang nach Gewinn oder Verlust, der daran bemessen wird, ob der Ministerpräsident auch nach der Wahl sein Amt behält. Dabei wird berücksichtigt, ob ein Amtsinhaber überhaupt wieder angetreten war und nicht nach der Wahl zurückgetreten ist. Ebenso wurde erfasst, ob der zur Landtagswahl antretende Regierungschef am Anfang oder während der Wahlperiode vom Landesparlament gewählt wurde sowie gegebenenfalls der Rücktrittsgrund des Vorgängers während der Wahlperiode.⁹

Auffällig an den erwähnten 19 Ministerpräsidenten mit Amtsverlust nach Landtagswahlen (ohne Rücktritte) ist, dass neun von ihnen erst während der vorangegangenen Wahlperiode ins Amt gelangt waren. In fast der Hälfte der Fälle hatten sie also keine ganze Wahlperiode den Posten inne. Allerdings gibt es auch unter den 84 Amtsinhabern, die nach einer Wahl vom Landesparlament bestätigt wurden, immerhin 26, die erst während der vorangegangenen Wahlperiode ins Amt gekommen waren, was einem Anteil von knapp einem Drittel entspricht (31 Prozent). Erstaunlich viele Amtsinhaber, die zu einer Landtagswahl antraten, gelangten also erst während einer Wahlperiode ins Amt, nämlich 36¹⁰, was jeder dritte ist.

⁹ Weitere Daten, die erhoben wurden, finden sich im vorletzten Abschnitt.

¹⁰ Hierbei wird Günther Beckstein berücksichtigt, der während einer Wahlperiode ins Amt gewählt wurde, die nachfolgende Landtagswahl 2008 gewann, dann aber aufgrund des schlechten Wahlergebnisses zurücktrat.

Tabelle 1: Landtagswahlen, nach denen Amtsinhaber eine Wiederwahl durch das jeweilige Landesparlament verfehlten (1991 bis Mai 2022)

Bundesland	Tag LTW	alte/r MP	Koalition	neue/r MP	Koalition
Hessen	20.1.1991	Walter Wallmann	CDU-FDP	Hans Eichel	SPD-GRÜNE
Rheinland-Pfalz	21.4.1991	Carl-Ludwig Wagner	CDU-FDP	Rudolf Scharping	SPD-FDP
Sachsen-Anhalt	20.6.1994	Christoph Bergner	CDU-FDP	Reinhard Höppner	SPD (MH)
Mecklenburg-Vorp.	27.9.1998	Berndt Seite	CDU-FDP	Harald Ringstorff	SPD-PDS
Hessen	7.2.1999	Hans Eichel	SPD-GRÜNE	Roland Koch	CDU-FDP
Saarland	5.9.1999	Reinhard Klimmt	SPD	Peter Müller	CDU
Hamburg	23.9.2001	Ortwin Runde	SPD-GAL	Ole von Beust	CDU-PRO-FPD
Sachsen-Anhalt	21.4.2002	Reinhard Höppner	SPD (MH)	Wolfgang Böhmer	CDU-FDP
Niedersachsen	2.2.2003	Sigmar Gabriel	SPD	Christian Wulff	CDU-FDP
Schleswig-Holstein	20.2.2005	Heide Simonis	SPD-GRÜNE	Peter Harry Carstensen	CDU-SPD
Nordrhein-Westfalen	22.5.2005	Peer Steinbrück	SPD-GRÜNE	Jürgen Rüttgers	CDU-FDP
Nordrhein-Westfalen	5.5.2010	Jürgen Rüttgers	CDU-FDP	Hannelore Kraft	SPD (MH)
Hamburg	20.2.2011	Christoph Ahlhaus	CDU-GAL	Olaf Scholz	SPD
Baden-Württemberg	27.3.2011	Stefan Mappus	CDU-FDP	Winfried Kretschmann	GRÜNE-SPD
Niedersachsen	20.1.2013	David McAllister	CDU-FDP	Stephan Weil	SPD-GRÜNE
Thüringen	14.9.2014	Christine Lieberknecht	CDU-SPD	Bodo Ramelow	LINKE-SPD-GRÜNE
Schleswig-Holstein	7.5.2017	Torsten Albig	SPD-GRÜNE	Daniel Günther	CDU-FDP-GRÜNE
Nordrhein-Westfalen	14.5.2017	Hannelore Kraft	SPD-GRÜNE (MH)	Armin Laschet	CDU-FDP
Saarland	27.3.2022	Tobias Hans	CDU-SPD	Anke Rehlinger	SPD

Anm.: Grau unterlegt sind die Fälle, in denen der amtierende Ministerpräsident, der zur Landtagswahl antrat, erst während der vorangegangenen Wahlperiode ins Amt gewählt worden war.

LTW = Landtagswahl; MH = Minderheitsregierung, MP = Ministerpräsident/in.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Die Kurationsfunktion von Landesparlamenten erschöpft sich also nicht in der Kür eines Ministerpräsidenten nach einer Landtagswahl; oft sind sie auch während einer Wahlperiode gefordert, einen Nachfolger zu wählen. Dies wird häufig nicht mitbedacht, wenn es um diese Funktion von Landesparlamenten geht, da hier meist der Fokus auf die Regierungsbildung nach einer Parlamentswahl gelegt wird. Die Daten aus den 30 hier betrachteten Jahren zeigen, dass Landesparlamente auch während der Wahlperioden gefordert sind. Sie sind nicht immer in einer defensiven Rolle.¹¹ Möglicherweise ist ihr Einfluss bei der Wahl eines Nachfolgers sogar größer, da hier wohl kein Kandidat eine Chance hat, der nicht von vornherein über Rückhalt in den Fraktionen der Regierungsmehrheit verfügt.¹² Zudem gibt es keinen Kandidaten, der sich aufgrund eines Landtagswählerfolges als Spitzenkandidat zusätzlich gestärkt sieht. Es ist notwendig, diese Wahlen durch Landtage während einer Wahlperiode mit zu bedenken und Analysen der parlamentarischen Wahlfunktion nicht auf die Wahlen direkt nach Landtagswahlen zu beschränken, um die Funktionen von Landesparlamenten treffend zu erfassen. Den Wechsel im Amt während

¹¹ So aber Werner Reutter: *Föderalismus, Parlamentarismus und Demokratie. Landesparlamente im Bundesstaat*, Op-laden/Farmington Hills 2008, S. 216, wobei er darauf hinweist, dass diese Wahlakte „nur dann reibungslos verlaufen, wenn Ansprüche und Interessen von Regierungsfractionen ausreichend befriedigt wurden“ (S. 217).

¹² Reutter geht auf einige Fälle ein, in denen Ministerpräsidenten sichtbar an Rückhalt in ihren Fraktionen verloren, vgl. ebenda, S. 210 ff., S. 217. Auch Schneider geht auf einige Rücktritte ein, vgl. Herbert Schneider: *Ministerpräsidenten. Profil eines politischen Amtes im deutschen Föderalismus*, Wiesbaden 2001, S. 97-100.

einer Wahlperiode als „bloÙe[s] Auswechseln von Ministerpräsidenten“¹³ zu bezeichnen, wird dem Wahlvorgang nicht gerecht.

Überraschend ist, dass es während einer Wahlperiode häufiger zu einem Wechsel im Ministerpräsidentenamt kam als nach einer Landtagswahl. Zwischen 1991 und Mai 2022 gab es 38 Wechsel¹⁴ während einer Wahlperiode, aber nur 28-mal nach einer Landtagswahl. Dabei ist natürlich zu beachten, dass während einer Wahlperiode gewählte Ministerpräsidenten in 37 von 38 Fällen derselben Partei angehörten wie der Vorgänger oder die Vorgängerin.¹⁵ In den 28 Wechseln nach Landtagswahlen gehörte der neue Ministerpräsident in acht Fällen derselben Partei an wie der Ministerpräsident der vorangegangenen Wahlperiode.

Die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten während einer Wahlperiode begünstigt potentiell den Amtsverlust. Fast jeder Zweite derjenigen, die vom Amtsverlust aufgrund einer verlorenen Landtagswahl betroffen waren (9 von 19 Fällen), war nämlich erst während der vorangegangenen Wahlperiode ins Amt gelangt. Anders ausgedrückt: 26 Prozent der Amtsinhaber, die erst während der Wahlperiode zum Regierungschef gewählt wurden, verloren das Amt nach der nächsten Landtagswahl wieder (9 von 35¹⁶). Von denjenigen, die eine gesamte Wahlperiode amtiert hatten, gelang zehn nicht die Wiederwahl, was einem Anteil von 14,7 Prozent (10 von 68) entspricht.

Der Amtsverzicht während einer Wahlperiode kann vielfältige Gründe haben. Die hier betrachteten Fälle lassen sich fünf Kategorien zuordnen: Wechsel in ein anderes politisches Amt auf Bundes- oder europäischer Ebene, Wechsel in die Wirtschaft, Alters- und persönliche Gründe, innerparteilicher Streit sowie Skandal/Affäre (vgl. Tabelle 2).¹⁷ Am häufigsten traten Ministerpräsidenten während einer Wahlperiode zurück, wenn sie in die Bundes- oder europäische Politik¹⁸ wechselten (elf Fälle) und sie über nicht genügend Rückhalt in ihren Fraktionen und Parteien verfügten oder es zumindest innerparteilichen Streit gab (acht Fälle). Jeweils sieben Mal traten Regierungschefs aus persönlichen wie gesundheitlichen oder Altersgründen oder aufgrund eines Skandals oder einer Affäre zurück.

Dabei verlief die geregelte Übergabe aus persönlichen Gründen recht gut. Sechs der so ins Amt gekommenen Ministerpräsidenten erreichten die Wiederwahl. Auch nach innerparteilichem Streit gelang es den Nachfolgern in immerhin sieben von acht Fällen, auch nach der nächsten Landtagswahl wieder zum Regierungschef gewählt zu werden. Amtsinhaber, die nach Skandalen oder Affären ihrer Vorgänger gewählt worden waren, meisterten die nachfolgende Landtagswahl in fünf von sieben Fällen.

13 So aber Thomas Bräuninger u.a.: aa.O. (Fn. 2), S. 216.

14 Zusätzlich zu den 36 schon zuvor erwähnten werden hier noch zwei weitere Wechsel berücksichtigt, da es in Sachsen-Anhalt in der 1. Wahlperiode und in Niedersachsen in der 14. Wahlperiode jeweils drei Amtsinhaber gab.

15 Die Ausnahme bildet Klaus Wowereit, der 2001 durch ein konstruktives Misstrauensvotum ins Amt gelangt war.

16 Hierbei wird der Fall von Günther Beckstein nicht berücksichtigt, siehe Fn. 10.

17 Auch Leunig geht auf „mannigfache Gründe“ für den Amtsverzicht kurz ein, der Wechsel in die Bundespolitik taucht aber gar nicht auf, vgl. Sven Leunig: Die Regierungssysteme der deutschen Länder im Vergleich, Opladen/Farmington Hills 2007, S. 231.

18 Diese Kategorie umfasst Wechsel an die Spitze eines Bundesministeriums (Clement, Lafontaine, Scholz, Stolpe), ins Amt des Bundespräsidenten (Rau, Wulff), in ein Mandat als Bundestagsabgeordneter (Scharping, Laschet) sowie in ein Amt als Richter am Bundesverfassungsgericht (Müller) und als Generalsekretärin einer Bundespartei (Kramp-Karrenbauer). Der Wechsel vom Ministerpräsidentenamt an die Spitze eines Bundesministeriums war bisher ausschließlich SPD-Mitgliedern vorbehalten.

Tabelle 2: Übersicht über Rücktrittsgründe von Ministerpräsidenten während einer Wahlperiode und jeweiliger Wahlausgang (1991 bis Mai 2022)

Wahlausgang für Amtsinhaber	kein Rücktritt	Rücktrittsgrund des Amtsinhabervorgängers					Miss-trauens-votum	gesamt
		Wechsel in andere politische Position	Wechsel in die Wirtschaft	persönliche Gründe (Alter/ Gesundheit)	inner-parteiliche Konflikte	Skandale/ Affären		
gewonnen	58	6	1	6	7	5	1	84
verloren	10	5	0	1	1	2	0	19
gesamt	68	11	1	7	8	7	1	103

Anm.: Nicht aufgeführt sind die drei Fälle, in denen der Amtsinhabervorgänger bis zum Ende der Wahlperiode amtierte und nicht mehr zur Wahl antrat, sowie die sechs Fälle, in denen der Amtsinhaber zwar die Wahl gewann, aber aufgrund von Stimmenverlusten zurücktrat.
Quelle: Eigene Datenzuordnung und -zusammenstellung.

Eine Übernahme, nachdem der Vorgänger auf die Bundes- oder europäische Ebene gewechselt war, ist hingegen für den Amtserhalt potentiell eine Bürde. Fünf der so ins Amt gekommenen verloren die nächste Landtagswahl und ihren Posten (Reinhard Klimmt 1999; Peer Steinbrück 2005; Stefan Mappus 2011; David McAllister 2013; Tobias Hans 2022); in sechs Fällen (Kurt Beck 1996; Wolfgang Clement 2000; Matthias Platzeck 2004; Annegret Kramp-Karrenbauer 2012; Peter Tschentscher 2020; Hendrik Wüst 2022) gelang es. Das Risiko für den Amtsverlust ist also hier besonders hoch. Es traten mehr Wahlverluste auf, wenn ein Rücktritt des Vorgängers aufgrund solch eines Wechsels vollzogen worden war. Als ein Grund kann vermutet werden, dass diese Wechsel eher ad hoc passieren und weniger lange Vorlaufzeit haben, so dass die Wahl des Nachfolgers nicht immer gut vorbereitet werden kann. Dies trifft natürlich auch auf Affären zu; dabei zeichnen sich allerdings häufig im Vorfeld schon Entwicklungen ab, die es potentiellen Nachfolgern ermöglichen, sich zu positionieren und vorzubereiten. Bei Rücktritten aus gesundheitlichen Gründen ist es ebenso oft der Fall, dass die Nachfolge spontan erfolgen muss. Dies wurde aber besser bewältigt. Drei der sieben Rücktritte aus persönlichen Gründen lassen sich auf gesundheitliche Probleme zurückführen, wobei in zwei Fällen besonders schnell ein Nachfolger gefunden werden musste (Woidke für Platzeck in Brandenburg und Schwesig für Seling in Mecklenburg-Vorpommern); in einem Fall lagen aber mehrere Monate zwischen Ankündigung des Rücktritts und Wahl der Nachfolgerin (Dreyer für Beck in Rheinland-Pfalz).

Auffallend ist, dass es im gesamten Untersuchungszeitraum nur einmal ein erfolgreiches Misstrauensvotum gegen einen Amtsinhaber gab. Im Jahr 2001 verlor Eberhard Diepgen (CDU) als Regierender Bürgermeister Berlins ein konstruktives Misstrauensvotum durch das Abgeordnetenhaus; als Nachfolger wurde Klaus Wowereit (SPD) gewählt. Auch über den hier untersuchten Zeitraum hinaus geschah dies auf Landesebene nur sehr selten, nämlich vier Mal.¹⁹

¹⁹ Bruno Diekmann in Schleswig-Holstein 1950, Karl Arnold in Nordrhein-Westfalen 1956, Franz Meyers 1966 ebenfalls in Nordrhein-Westfalen sowie der erwähnte Berliner Fall von 2001. Vgl. Werner Reutter: a.a.O. (Fn. 9), S. 221. Leunig weist darauf hin, dass alle bisherigen erfolgreichen Misstrauensvoten nur dort stattfanden, wo es als „konstruktives“ Votum normiert ist, vgl. Sven Leunig: a.a.O. (Fn. 15), S. 230. Einen Überblick über vorzeitige Beendigungen von Koalitionen auf Landesebene gibt Roland Sturm: Woran scheitern Länderkoalitionen? Eine theoriegeleitete empirische Analyse, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2013, Baden-Baden 2013, S. 241 – 258, Tabelle 3 auf S. 254 gibt einen Überblick über das vorzeitige Scheitern von Koalitionen im Zeitraum 1990 bis 2012.

Bei den bisherigen Landtagswahlen des Jahres 2022²⁰ zogen ebenfalls zwei von drei Amtsinhaber in die Wahl, die erst während der vorangegangenen Wahlperiode ins Amt gelangt waren, wobei beide auf Amtsinhaber folgten, die auf die Bundesebene gewechselt waren: Annegret Kramp-Karrenbauer aus dem Saarland wurde zunächst Generalsekretärin der CDU, später dann Parteivorsitzende und Bundesministerin, Armin Laschet aus Nordrhein-Westfalen wurde Kanzlerkandidat der CDU und wechselte trotz insgesamt für seine Partei verlorener Bundestagswahl in den Bundestag. Angesichts der Tatsache, dass Hendrik Wüst nur wenige Monate im Amt gewesen war, hat sein Wahlerfolg besondere Relevanz, vor allem wenn man seinen Fall mit Tobias Hans vergleicht, der mehrere Jahre die Möglichkeit gehabt hatte, einen deutlich größeren Amtsbonus zu erarbeiten, was ihm ausweislich des Landtagswahlergebnisses allerdings nicht gelang. Abzuwarten bleibt, welches Ergebnis Boris Rhein (CDU), der am 31. Mai 2022 als Nachfolger von Volker Bouffier in Hessen vom Landtag ins Amt gewählt wurde, bei der nächsten Landtagswahl, die voraussichtlich im Herbst 2023 stattfinden soll, erreichen wird. Da Bouffier aus Altersgründen zurückgetreten ist, können Reins Chancen auf Basis der Auswertungen hier prinzipiell als gut eingeschätzt werden.

Territoriale und zeitliche Muster des Amtsverlustes

In elf Bundesländern waren Amtsverluste nach Landtagswahlen zu verzeichnen. Mit drei Fällen kam es in Nordrhein-Westfalen am häufigsten zum Amtsverlust, sechs Bundesländer wiesen jeweils zwei Niederlagen auf, in fünf Bundesländern trat jeweils ein Fall auf (vgl. Tabelle 3). Dass es in Nordrhein-Westfalen in vergleichsweise kurzer Zeit zu drei Wechseln an der Spitze der Regierung kam, ist bemerkenswert: Zwischen den ersten beiden Niederlagen lagen fünf, zwischen dem zweiten und dritten Amtsverlust sieben Jahre. In den Bundesländern mit zwei beobachteten Fällen lagen zwischen den zwei Amtsverlusten mindestens acht Jahre und im Durchschnitt 11,8 Jahre. Mit Tobias Hans' verfehlter Wiederwahl stellt das Saarland einen Ausreißer mit 23 Jahren seit dem letzten Amtsverlust eines amtierenden Ministerpräsidenten dar. In fünf Ländern kam es in den vergangenen 30 Jahren hingegen zu keinem Amtsverlust von Regierungschefs nach Landtagswahl-Niederlagen, und zwar in Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen und Sachsen, wobei für Bayern und Bremen beachtet werden muss, dass es hier in vier Fällen Rücktritte nach Landtagswahlergebnissen gab.²¹

Zeitlich gesehen sind insbesondere die Jahre zwischen 1998 und 2005 bemerkenswert. In diesem Zeitraum verloren vergleichsweise häufig Amtsinhaber in Folge von Landtagswahlen: In die Zeit von Schröders Kanzlerschaft fallen sieben solche Niederlagen (vgl. Abbildung 2), wobei in allen Fällen SPD-Ministerpräsidenten ihr Amt verloren und CDU-Politiker ins Amt gewählt wurden.²² Die stärkste Auswirkung hatte der Amtsverlust in Nordrhein-Westfalen 2005, der Schröder als Anlass diente, die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen, um so Neuwahlen auf Bundesebene herbeiführen zu können.

²⁰ Am 9. Oktober 2022 wird in Niedersachsen gewählt.

²¹ Vgl. zweiten Absatz im ersten Abschnitt.

²² Ähnliche Befunde sind unter anderem auch zu finden in: Uwe Jun / Lasse Cronqvist: Sind Länderkoalitionen präjudizierend für den Bund? Die Interdependenz von Regierungsbildungen im föderalen System, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2013, Baden-Baden 2013, S. 215 – 240, S. 235.

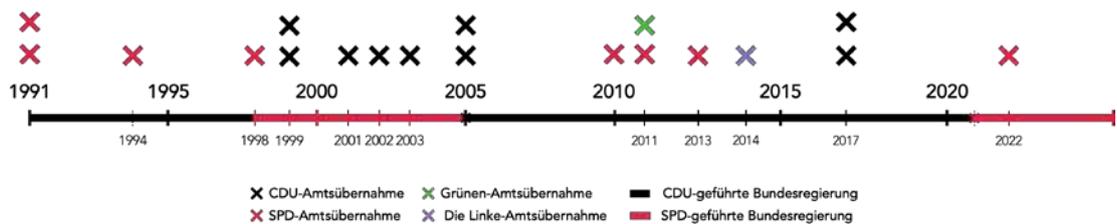
Tabelle 3: Häufung der Amtsinhaberniederlagen nach Landtagswahlen in Bundesländern (1991 bis Mai 2022)

Anzahl der Niederlagen	Betroffene Bundesländer
drei	Nordrhein-Westfalen (2005, 2010, 2017)
zwei	Hamburg (2001, 2011), Hessen (1991, 1999), Niedersachsen (2003, 2013), Saarland (1999, 2022), Sachsen-Anhalt (1994, 2002), Schleswig-Holstein (2005, 2017)
eine	Baden-Württemberg (2011), Mecklenburg-Vorpommern (1998), Rheinland-Pfalz (1991), Thüringen (2014)
keine	Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Sachsen

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Ein vergleichbar häufiges Auftreten während Merkels Regierungszeit ist nicht auszumachen. Während der ersten und dritten Großen Koalition mit ihr als Kanzlerin (2005 bis 2009 und 2017 bis 2021) büßte kein amtierender Ministerpräsident aufgrund einer verlorenen Landtagswahl seinen Posten ein – weder von der CDU noch von der SPD. Zu Zeiten der schwarz-gelben Bundesregierung (2009 bis 2013) büßten hingegen vier CDU-Ministerpräsidenten ihr Amt ein, drei Mal an die SPD und ein Mal an Bündnis 90/Die Grünen. Die zweite Große Koalition unter Merkel (2013 bis 2017) erlebte jeweils am Anfang und Ende Wechsel im Ministerpräsidentenamnt. Im Jahre 2014 gelang es Bodo Ramelow, Ministerpräsident Thüringens zu werden, und im Mai 2017 verloren zwei SPD-Amtsinhaber jeweils gegen CDU-Kandidaten. Insgesamt fallen in Merkels 16 Jahren Regierungszeit mit sieben Amtsverlusten ebenso viele wie in Schröders Amtszeit von gerade sieben Jahren.²³

Abbildung 2: Zeitstrahl der Wechsel im Ministerpräsidentenamnt nach verlorenen Landtagswahlen (1991 bis Mai 2022)



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

²³ In der Diskussion zur so genannten bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen gibt es ebenfalls gemischte Befunde. Während Decker und Blumenthal diese eher bestätigt sehen, haben Hough und Jeffery eher ein territorial begründetes Mehrebenen-Wahlverhalten erkannt. Völkl u.a. kamen ebenfalls zu gemischten Befunden. Vgl. Frank Decker / Julia von Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 144 ff.; Daniel Hough / Charlie Jeffery: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94; Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel / (Hrsg.): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008.

Im Folgenden werden die 19 Fälle des Amtsverlustes nach Landtagswahlen kurz einzeln vorgestellt, um die Kontexte zu verdeutlichen.

Die Jahre 1991 bis 2000:

Regierungswechsel auf Bundesebene, rote Dominanz auf Landesebene

Zwischen 1991 und 2000 fanden 36 Landtagswahlen statt, in sechs Fällen verlor der Regierungschef seinen Posten (16,7 Prozent). Mit Walter Wallmann und Carl-Ludwig Wagner mussten im ersten Jahr des Untersuchungszeitraums gleich zwei amtierende CDU-Ministerpräsidenten ihr Amt abgeben: Nach 44 Jahren brach der SPD-Kandidat Rudolf Scharping die CDU-Dominanz in Rheinland-Pfalz.²⁴ Keine zweite Amtszeit war dem in Hessen erst seit einer Wahlperiode regierenden Wagner vergönnt – er wurde vom Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel aus dem Amt gedrängt.²⁵ Wallmanns Plan, von der ausgemachten Wiederwahl Helmut Kohls zu profitieren, ging nicht auf, da die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene geräuschvoller verliefen als zunächst angenommen.²⁶

Drei Jahre später war ein weiterer SPD-Herausforderer dabei erfolgreich, einen amtierenden CDU-Ministerpräsidenten abzulösen: Christoph Bergner, der als vorheriger Fraktionsvorsitzender erst ein halbes Jahr das Ministerpräsidentenamt in Sachsen-Anhalt nach Affären seines Vorgängers Werner Münch bekleidet hatte, gelang ein eigener Wahlsieg nicht – der Oppositionsführer Reinhard Höppner gewann die Landtagswahl mit einem Zuwachs von acht Prozentpunkten deutlich.²⁷

Die vorerst letzte Amtsübernahme durch einen SPD-Anwärter fiel mit der Bundestagswahl 1998 zusammen, die den rot-grünen (und ersten echten) Regierungswechsel auf Bundesebene markierte: Die bislang in Schwerin regierende Große Koalition, angeführt von Berndt Seite, war Zeit ihres Bestehens von „erheblichen internen, nicht zuletzt persönlichen Spannungen“ zwischen dem ehemaligen Wirtschaftsminister und in den Fraktionsvorsitz gerückten Harald Ringstorff und Seite geprägt.²⁸ Die Ambition Ringstorffs, die Große Koalition durch ein Bündnis mit der PDS zu ersetzen, wurde durch das Votum der Wähler am 27. September 1998 ermöglicht, so dass einer erstmaligen Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei nichts mehr im Wege stand.

Im Superwahljahr 1999 kam es zu zwei weiteren Wechseln an der Spitze der Landesregierungen in Hessen und im Saarland: Nach einer „glanzlosen Legislaturperiode“²⁹ unterlag der in Hessen mit einer rot-grünen Koalition regierende Hans Eichel seinem CDU-Herausforderer und bisherigen CDU-Fraktionschef Roland Koch, während sein saarländischer Amtskollege Reinhard Klimmt die Macht knapp an den Christdemokraten Peter Müller verlor.³⁰

²⁴ Vgl. Werner Billing: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 21. April 1991: Machtwechsel in Mainz nach 44 Jahren, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22. Jg. (1991), H. 3, S. 584 – 601.

²⁵ Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck: Die hessische Landtagswahl vom 20. Januar 1991; Im Schatten der Weltpolitik kleine Verschiebungen mit großer Wirkung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22. Jg. (1991), H. 2, S. 226 – 244.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 227 sowie Antje Vorbeck: Regierungsbildung 1990/1991: Koalitions- und Personalentscheidungen im Spiegel der Presse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22. Jg. (1991), H. 3, S. 377 – 389, S. 378 f.

²⁷ Jürgen Plöhn: Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. Juni 1994: Die Mehrheitsbildung bleibt dem Landtag überlassen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 26. Jg. (1995), H. 2, S. 215 – 231, S. 216, 221.

²⁸ Nikolaus Wertz / Jochen Schmidt: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 30. Jg. (1999), H. 1, S. 97 – 116, S. 98.

²⁹ Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck: Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31. Jg. (2000), H. 2, S. 3 – 17, S. 4.

³⁰ Die zwei großen Parteien trennten lediglich 1,1 Prozentpunkte. Vgl. Jürgen R. Winkler: Die saarländische Landtagswahl vom 5. September 1999: Die CDU erhält die Macht zurück, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31. Jg. (2000), H. 1, S. 28 – 42, S. 33.

Die Jahre 2001 bis 2010: gehäufte Verluste von SPD-Ministerpräsidenten während Schröders Kanzlerschaft

Im Zeitraum von 2001 bis 2010 wurden 34 Landtagswahlen abgehalten, wobei es auch hier zu sechs Amtsübernahmen kam (17,7 Prozent). Auf die bemerkenswerte Häufung während Schröders Amtszeit als Bundeskanzler wurde zu Beginn des Abschnitts schon hingewiesen.

Im Jahr 2001 wurde Hamburg zum Schauplatz eines Regierungswechsels, der mit der (nahezu durchgängigen) Tradition eines SPD-Bürgermeisters brach. Als eines der letzten wenigen Bundesländer zählte Hamburg zu den Hochburgen, die von einer „der beiden großen Volksparteien hegemonial regiert wurden“³¹. Zwar konnte die Partei um den Ersten Bürgermeister Ortwin Runde mit 36,5 Prozent den größten Anteil der Stimmen für sich verbuchen, die Grünen als bisheriger Koalitionspartner waren mit einem Verlust von rund 42.000 Stimmen hingegen Wahlverlierer des Abends. Deutlich unter die Marke von 30 Prozent fiel zwar auch die Hamburger CDU – doch trotz des zweitschlechtesten Ergebnisses in der Hamburger Nachkriegsgeschichte gelang der Partei um den Spitzenkandidaten Ole von Beust die Bildung eines neuen Senats mit den Fraktionen der FDP und der Schill-Partei.³²

Im Folgejahr wurde von den Wählern Sachsen-Anhalts das ‚Magdeburger Modell‘³³ für beendet erklärt und damit ein Koalitionsformat, das Zeit seines Bestehens Gegenstand kontroverser Diskussionen gewesen war – um Minderheitsregierungen einerseits und ihrer Tolerierung durch die PDS andererseits.³⁴ Höppners SPD wurde mit einem Verlust von mehr als 15 Prozentpunkten drittstärkste Kraft (20 Prozent), dicht hinter der PDS (20,4 Prozent). Die CDU gewann die Wahl um ihren Kandidaten Wolfgang Böhmer, der mit einer wiedererstarkten FDP eine solide Regierungsmehrheit hinter sich versammeln konnte.³⁵

Die dritte Niederlage eines SPD-Landesverbands war insofern brisant, als sie den Machtverlust im Heimatland von Bundeskanzler Schröder markierte. Noch im Vorfeld zur Bundestagswahl 1998 hatte Schröder in Niedersachsen eine absolute Mehrheit von Mandaten mit einem Ergebnis von 47,9 Prozent erzielt. Im Zuge seines Wechsels in die Bundespolitik folgte der bisherige Innenminister Gerhard Glogowski ins Amt des Regierungschefs. Angesichts anhaltender Vorwürfe und Affären trat er nach anderthalb Jahren zurück; als neuer Ministerpräsident wurde Sigmar Gabriel vom Landtag gewählt. Nach einer kurzen Amtszeit und der Hypothek, als dritter Ministerpräsident innerhalb einer Wahlperiode eine (Erst-)Wahlkampagne anzuführen, erzielte er zur Landtagswahl am 2. Februar 2003 das schlechteste Ergebnis für seine Partei seit 1947: Von den zuvor errungenen 47,9 Prozent (1998) blieben lediglich 33,4 Prozent übrig – während CDU-Kandidat Christian Wulff mit einem Höchstwert von 48,3 Prozent im dritten Anlauf Schröders Wahlsieg von 1998 übertraf.³⁶

³¹ Patrick Horst: Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 23. September 2001: Schillerndem ‚Bürgerblock‘ gelingt der Machtwechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 43 – 63, S. 44.

³² Vgl. ebenda, S. 55, 63.

³³ Das Konstrukt des ‚Magdeburger Modells‘ bezeichnet die sachsen-anhaltinische Regierungskonstellation einer SPD-geführten Minderheitsregierung von 1994 bis 2002, die auf die Tolerierung durch die PDS im Landtag angewiesen war. Siehe dazu Elrid Wollkopf-Dittmann: Das ‚Magdeburger Modell‘: zwischen parlamentarischem Alltag und öffentlicher Darstellung, in: Klaus-Bernhard Roy (Hrsg.): Wahlen 2002 in Sachsen-Anhalt. Ausgangsbedingungen, Handlungsrahmen, Entscheidungsalternativen. Opladen 2002 sowie weiterführend Sabine Kropp: Oppositionsprinzip und Mehrheitsregel in den Landesverfassungen: Eine Analyse am Beispiel des Verfassungskonfliktes in Sachsen-Anhalt, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 28. Jg. (1997), S. 373 – 390.

³⁴ Dazu Winfried Steffani: Zukunftsmodell Sachsen-Anhalt? Grundsätzliche Bedenken, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 28. Jg. (1997), H.4, S. 717 – 722 sowie die Repliken in den darauffolgenden Ausgaben der Zeitschrift für Parlamentsfragen.

³⁵ Vgl. Everhard Holtmann: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 41 – 60.

³⁶ Vgl. Ferdinand Müller-Rommel: Die niedersächsische Landtagswahl vom 2. Februar 2003: ‚Denkzettel‘ für Berlin, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34. Jg. (2003), S. 689 – 701, S. 693.

Schleswig-Holstein war eines der letzten zwei Bundesländer mit einer rot-grünen Regierung. Infolge der SPD-Niederlagen in Bayern, Hamburg und Brandenburg sowie in Niedersachsen war der Drang nach einer Trendumkehr in der SPD hoch.³⁷ Das unklare Wahlergebnis machte indes die Koalitionspräferenzen der großen Parteien zunichte: Weder reichten der CDU um Peter Harry Carstensen 40,2 Prozent der Stimmen für ein Ablösen der rot-grünen Landesregierung durch ein schwarz-gelbes Bündnis aus, noch langten 38,7 Prozent der SPD um Heide Simonis für ein Weiterführen der rot-grünen Regierung. Nach unter öffentlich-medialen Hochdruck geführten Sondierungsgesprächen zwischen SPD, Grünen und dem SSW³⁸ gipfelten die Ereignisse letztlich in vier verlorenen Wahlgängen für Simonis, die ihren politischen Rückzug und die Bildung einer Großen Koalition unter Carstensen als neuen Ministerpräsidenten besiegelten.³⁹

Auch die Wahl in Nordrhein-Westfalen stand unter den Vorzeichen einer sich anbahnenden Amtsübernahme durch die CDU. Der zur Wiederwahl stehende Ministerpräsident Peer Steinbrück fuhr ein historisch schlechtes Wahlergebnis ein. Die SPD fiel unter die 40-Prozentmarke (37,1), während der CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers mit 44,8 Prozent das beste Ergebnis des Landesverbands seit 1975 feiern konnte.⁴⁰ Damit endeten 39 Jahre andauernden SPD-Regierens im Ruhrgebiet. Zudem verkündete noch am Wahlabend der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering den Plan, Neuwahlen für den Bundestag anzusetzen, der Monate darauf mit der gescheiterten Vertrauensfrage von Bundeskanzler Schröder im Bundestag Gestalt annahm.⁴¹

Die darauffolgende Niederlage ereignete sich indes erst wieder in Nordrhein-Westfalen selbst im Jahr 2010. Das denkbar knappe Wahlergebnis – SPD und Union lagen mit 34,5 bzw. 34,6 Prozent sehr nah beieinander – versorgte weder den amtierenden Ministerpräsidenten Rüttgers mit einer schwarz-gelben Mehrheit im Düsseldorfer Landtag, noch ermöglichte es Hannelore Kraft (SPD) die Bildung einer rot-grünen Koalition, so dass neben einer Großen Koalition unter Rüttgers auch ein Jamaika- oder Ampelbündnis sondiert, aber schnell verworfen wurden.⁴² Die Pattsituation wurde schließlich durch die Bildung einer linkstolerierten rot-grünen Minderheitsregierung aufgelöst.

37 Vgl. Thomas Saretzki / Ralf Tils: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 145 – 163, S. 146.

38 Vgl. Thomas Saretzki / Ralf Tils: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 145 – 163, S. 146.

39 Vgl. Everhard Holtmann: Dürfen die das, wo die doch Dänen sind? Über den Umgang mit Macht und Minderheiten in Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 616 – 629.

40 Vgl. Erich Maletzke: Vier Wahlgänge und eine gedemütigte Heide Simonis: Wer ist der Abweichler im rot-grünen Lager?, in: SHZ vom 18. März 2005; Ralf Wiegand: Habemus Harry, in: SZ vom 28. April 2005.

41 Zu Details vgl. Michael F. Feldkamp: Chronik der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers am 1. Juli 2005 und der Auflösung des Deutschen Bundestages am 21. Juli 2005, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 19 – 28.

42 Vgl. Ursula Feist / Jürgen Hoffmann: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. Mai 2010: Vom Abwarten zur Kehrtwende, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 41. Jg. (2010), H. 4, S. 766 – 787, S. 784 f.

Die Jahre 2011 bis 2022: Auch Grüne und Linke jetzt mit Ministerpräsidenten

Zwischen 2011 und Mai 2022 wurden 39 Landtagswahlen abgehalten; in sieben Fällen kam es zu Wahlniederlagen von Amtsinhabern (17,9 Prozent). Auch fallen in diese elf Jahre die erstmaligen Übernahmen von Ministerpräsidentenämtern durch zwei Parteien, nämlich durch Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg und die Linke in Thüringen.

Im Superwahljahr 2011 fanden sieben Landtagswahlen statt, in Hamburg und Baden-Württemberg kam es dabei jeweils zum Regierungswechsel. War die „Ergänzungskoalition“ zwischen der Hamburger CDU und der Grünen-Alternativen Liste (GAL) in ihren Anfangsjahren durch produktive Kompromisse gekennzeichnet, kündigten die Grünen infolge zahlreicher personeller Wechsel die Koalition auf und sorgten so für vorgezogene Neuwahlen.⁴³ Unter dem Bürgermeisterkandidaten Olaf Scholz errang die Hamburger SPD eine absolute Mehrheit mit einem Zuwachs von 14,3 Prozentpunkten (48,4 Prozent insgesamt), während der Stimmenanteil der CDU aufgrund eines Verlustes von über 20 Prozentpunkten auf 21,9 Prozent schrumpfte.⁴⁴

Auch in Baden-Württemberg standen die Zeichen auf Wechselstimmung: Ein Jahr vor der Landtagswahl wechselte der amtierende Chef der Landesregierung Günther Oettinger „überraschend“ auf den Posten als deutscher EU-Kommissar nach Brüssel, um „die deutsche Position [zu] stärken“⁴⁵. Als neuer Ministerpräsident wurde der bisherige CDU-Fraktionsvorsitzende Stefan Mappus gewählt. Die personelle Veränderung wurde von den Entwicklungen um das Großprojekt „Stuttgart21“ und damit einhergehenden Protesten überschattet.⁴⁶ Die amtierende Regierung aus CDU und FDP verlor, Grüne und SPD gewannen die Wahl und wurden mit einer ausreichenden Zahl an Sitzen für die Regierungsmehrheit ausgestattet.⁴⁷ Die SPD entschied sich rasch zu Koalitionsverhandlungen mit den Grünen, so dass Winfried Kretschmann am 12. Mai 2011 vom Landtag als erster grüner Ministerpräsident gewählt wurde.⁴⁸

Seit der Amtsniederlage Gabriels 2005 stand Niedersachsen unter einer CDU-Führung. David McAllister, der drei Jahre zuvor als Nachfolger des späteren zehnten Bundespräsidenten Christian Wulff vom Landtag gewählt worden war, trat zur Landtagswahl im Frühjahr 2013 als Amtsinhaber an⁴⁹. Zwar blieb die Union mit 36 Prozent stärkste politische Kraft – doch mit einem Stimmenverlust von 6,5 Prozentpunkten, der nicht von einer nur marginal stärkeren FDP abgedeckt werden konnte, besiegelte das Ergebnis den Verlust der Regierungsmehrheit zugunsten des Hannoveraner Oberbürgermeisters Stephan Weil (SPD), der einen Monat später eine rot-grüne Landesregierung bildete.⁵⁰

⁴³ Patrick Horst: Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 20. Februar 2011: Ehemalige „Hamburg-Partei“ erobert absolute Macht zurück, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 724 – 744, S. 726 f.

⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 734.

⁴⁵ „Überraschender Wechsel nach Brüssel: Oettinger wird neuer deutscher EU-Kommissar“, in: tagesschau online vom 24. Oktober 2009 (Abruf am 20. Mai 2022).

⁴⁶ Vgl. Oscar W. Gabriel / Bernhard Kornelius: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 784 – 804, S. 786.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 791.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 801. Die Grünen standen in Hessen 1985 erstmals in Regierungsverantwortung; seither waren sie 31-mal an einer Koalition auf Landesebene beteiligt.

⁴⁹ Holger Meyer / Ferdinand Müller-Rommel: Die niedersächsische Landtagswahl vom 20. Januar 2013: hauchdünne Mehrheit für neues rot-grünes Regierungsbündnis, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 44. Jg. (2013), H. 2, S. 247 – 263.

⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 260.

Knapp ein Jahr nach der Bundestagswahl im September 2013 stand die Landtagswahl in Thüringen an. Die Linke wurde hier mit geringfügigen Gewinnen vor der SPD zweitstärkste Kraft.⁵¹ Politisch und rechnerisch waren dem Ergebnis nur zwei Koalitionsoptionen zu entnehmen: eine Weiterführung der Großen Koalition unter der bisherigen Amtsinhaberin Christine Lieberknecht (CDU) oder die Bildung eines rot-rot-grünen Bündnisses unter Bodo Ramelow (Linke). Nach der Bewältigung größerer Hindernisse und Zugeständnisse – vornehmlich vonseiten der Linken⁵² – empfahlen die Landesvorstände der drei Parteien die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, die mehrheitlich angenommen wurden. Im zweiten Wahlgang erhielt Bodo Ramelow im Landtag die 46 notwendigen Stimmen und wurde am 5. Dezember 2014 zum ersten Ministerpräsidenten der Linken in der Bundesrepublik gewählt.⁵³

Nach einer Ruhephase von drei Jahren kam es 2017 zu gleich zwei Wechseln, bei denen die Amtsinhaber sich zur Wiederwahl gestellt hatten. In beiden Fällen traf es SPD-regierte Bundesländer: In Schleswig-Holstein musste sich Ministerpräsident Torsten Albig seinem Herausforderer Daniel Günther geschlagen geben, der zusammen mit FDP und Grünen die zweite Jamaika-Koalition⁵⁴ auf Landesebene bildete.⁵⁵ Zudem kam es zum dritten Mal im Zeitraum von 30 Jahren in Nordrhein-Westfalen zum Wechsel an der Regierungsspitze: In der zur „kleinen Bundestagswahl“ stilisierten Landtagswahl unterlag die amtierende Ministerpräsidentin Kraft, die 2010 noch selbst die Mehrheit errungen hatte, ihrem Aachener Herausforderer Armin Laschet (CDU).

Der letzte Verlust eines Amtsinhabers bei einer Landtagswahl im Untersuchungszeitraum ereignete sich im Frühjahr 2022, als Tobias Hans, der 2018 als Nachfolger von Annegret Kramp-Karrenbauer ins Amt gewählt worden war, es nicht gelang, die Wahl zu gewinnen.

Mögliche Gründe für den Amtsverlust: eine schwierige Suche

Einige der Faktoren, die den Nichterfolg eines amtierenden Ministerpräsidenten, der zu einer Landtagswahl an- und nach dem Wahlergebnis nicht zurücktrat, erklären könnten, wurden in den vorangegangenen Abschnitten schon behandelt. Im Folgenden sollen drei Faktoren etwas detaillierter betrachtet werden: (1) die Differenz zwischen Stimmenanteilen zwischen zwei Landtagswahlen, (2) die Amtsdauer eines zu einer Landtagswahl antretenden Ministerpräsidenten sowie (3) der so genannte Schröder-Effekt, also die Frage, inwiefern der Bestand der rot-grünen Bundesregierung sich auf Amtsinhaber auf Landesebene auswirkte. Zusätzlich werden (4) weitere Faktoren erwähnt, die untersucht wurden, für die aber keine relevanten bivariaten Zusammenhänge gefunden wurden.

(1) Für die Stimmenanteilsdifferenz zwischen dem Ergebnis der letzten Landtagswahl und dem der Wahl, in der der Regierungschef gerade antritt, kann vermutet werden, dass Parteien, deren Amtsinhaber zurückgetreten ist und daraufhin ein neuer Ministerpräsident vom Landesparlament gewählt wurde, im Schnitt schlechter abschneiden als Parteien, bei denen der Amtsinhaber am

⁵¹ Vgl. Torsten Oppeland: Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg. (2015), H.1, S. 39 – 56, S. 46.

⁵² Vgl. ebenda, S. 52 f.

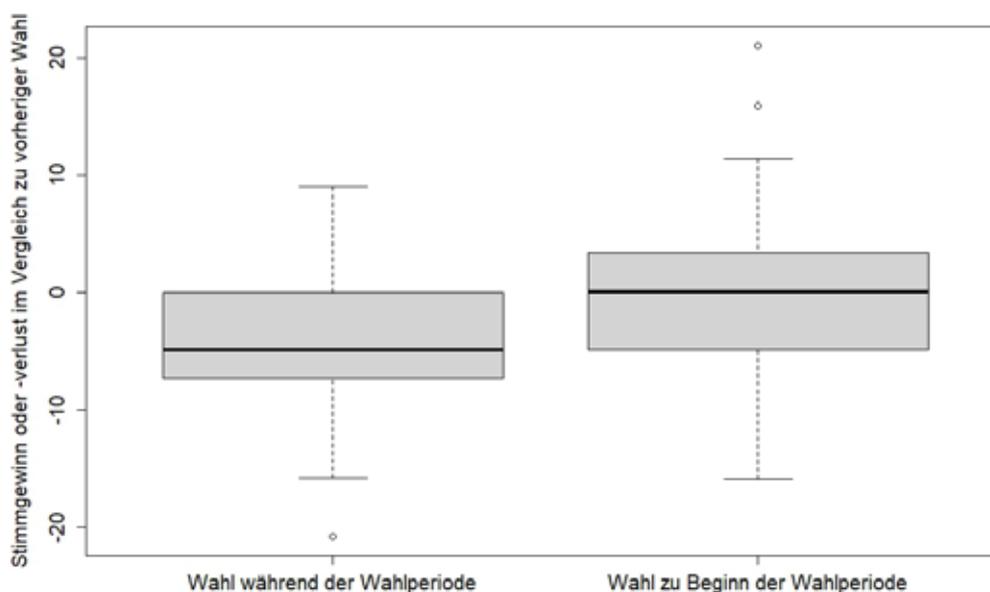
⁵³ Die Linke (bzw. ihre Vorgängerpartei PDS) kam erstmals 1998 in Mecklenburg-Vorpommern in Regierungsverantwortung und war seitdem acht Mal Teil einer Landesregierung.

⁵⁴ Als erstes Bundesland wurde das Saarland im Jahre 2009 unter Annegret Kramp-Karrenbauer zum Versuchslabor für das karibische Koalitionsformat, vgl. Jürgen R. Winkler: Die saarländische Landtagswahl vom 30. August 2009: Auf dem Weg nach Jamaika, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 339 – 355.

⁵⁵ Siehe Wilhelm Knelangen: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 7. Mai 2017: Niederlage der „Küstenkoalition“ und erstmals „Jamaika“ im Norden, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48. Jg. (2017), H. 3, S. 575 – 593.

Anfang der Wahlperiode gewählt wurde und erneut antritt. Um dies zu überprüfen, wird ein Mittelwertsdifferenzentest der Stimmengewinne oder -verluste zwischen den Parteien der beiden Amtsinhabergruppen (am Beginn vs. während der Wahlperiode gewählt) durchgeführt.⁵⁶ Wie die erste deskriptive Evaluation der Ergebnisse durch den Boxplot (vgl. Abbildung 3) zeigt, gibt es Gruppenmittelwertsunterschiede. Es ist zu erkennen, dass die Mediane (die durchgezogenen schwarzen Linien in den beiden grauen Boxen) sich auf den ersten Blick deutlich voneinander unterscheiden. Die Gruppe, die zu Beginn der Wahlperiode ins Amt gewählt wurde, hat eine deutlich höhere mittlere Stimmendifferenz – auch wenn diese immer noch leicht negativ ist – als die Gruppe der Amtsinhaber, die während der Wahlperiode gewählt wurde. Letztere Gruppe verliert im Schnitt 4,33 Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Wahl, während die Gruppe der zu Beginn der Wahlperiode ins Amt Gewählten nur 0,62 Prozentpunkte verliert. Das bedeutet, dass Amtsinhaber, die erst während der Wahlperiode ins Amt gewählt worden sind, im Schnitt laut dieser Erhebung schlechtere Ergebnisse erzielen als Amtsinhaber, die die ganze Wahlperiode im Amt waren. Dies ließe sich als Amtsbonus, der mit der Dauer des Im-Amt-Seins während einer Wahlperiode ansteigt, interpretieren.

Abbildung 3: Boxplot der Stimmendifferenzen (angegeben in Prozentpunkten) differenziert nach Wahl des Amtsinhabers zu Beginn und während der Wahlperiode



Anm.: Ein Boxplot visualisiert die bedeutsamsten Lagemaße einer Verteilung: Die Box markiert den Bereich des zweiten und dritten Viertels (Quartils); sie wird durch den Median, den exakt in der Mitte liegenden Wert, geteilt. Die Striche (Whisker) unter- sowie oberhalb der Box markieren den 1,5fachen Interquartilsabstand; die Lage des untersten und oberen Viertels sind durch die Rahmenlinien der Box markiert. Der Ausreißer bei der ‚Wahl während der Wahlperiode‘ stellt die Wahl in Hamburg 2011 (-20,7 Prozentpunkte für CDU) dar; die Ausreißer bei der ‚Wahl zu Beginn der Wahlperiode‘ bilden Hamburg 2004 (+21,0 Prozentpunkte für CDU) und Brandenburg 1994 (+15,9 Prozentpunkte für die SPD). Die Ausreißer sind durch kleine Kreise visualisiert.

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung.

(2) Ein weiterer Faktor ist die Amtsdauer⁵⁷, das heißt wie lange die Regierungschefs ihr Amt zum Zeitpunkt der Landtagswahl schon bekleiden. Hierzu wird überprüft, wie sich der Anteil der Tage im Amt auf das Wahlergebnis auswirkt. Dafür werden die Anteile der Tage im Amt und die Stimmendifferenzen genutzt und deren Zusammenhang in einer linearen Regression berechnet. Es wird sowohl erhoben, ob der wieder antretende Amtsinhaber die ganze Wahlperiode im Amt war,

⁵⁶ Da es sich um eine annähernd normalverteilte Variable handelt, wird hierfür ein t-Test genutzt.

⁵⁷ Diese wird beispielsweise auch von Toni Sebastian Schell: a.a.O. (Fn. 3) untersucht.

indem der Anteil der Tage im Amt berechnet wird, als auch, ob dieser schon mehrere Wahlperioden im Amt war, in dem für dieselbe Person der Anteil der Tage im Amt zusammengerechnet wird. Die erste Operationalisierung eignet sich nicht dazu, einen Amtsbonus zu überprüfen, der mit einer längeren Amtszeit einhergeht, sondern nur das Nichtvorhandensein eines solchen, wenn die Ergebnisse der Personen mit kürzeren Amtszeiten schlechter sind als die mit längeren. Die zweite Operationalisierung eignet sich zwar, einen Amtsbonus über die Zeit zu testen, jedoch kann auch theoretisch angenommen werden, dass Personen, die sehr lange im Amt sind, weniger beliebt werden.⁵⁸ Die Ergebnisse der Analyse zeigen: Je weniger Tage ein Ministerpräsident innerhalb einer Wahlperiode im Amt war, desto schlechter ist das Wahlergebnis.⁵⁹ Es zeigt sich jedoch auch, dass es keinen Zusammenhang⁶⁰ zwischen dem Amtsbonus über mehrere Wahlperioden und besseren Wahlergebnissen gibt. Dies bestätigt ein Ergebnis, das so auch bei Schell zu finden ist.⁶¹

(3) Des Weiteren wird die im zweiten Abschnitt bereits erwähnte Häufung von Wahlverlusten der SPD während der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder überprüft.⁶² Es werden nur die SPD-Amtsinhaber untersucht, da Schröders Kanzlerschaft keinen negativen Effekt auf die Amtsinhaber anderer Parteien haben sollte. Tatsächlich liegt eine starke Häufung der Niederlagen der SPD-Amtsinhaber in der Schröder-Zeit vor. Von den neun Fällen, in denen in dieser Erhebung die SPD-Amtsinhaber ihre Wahlen verloren haben, fallen sieben in die sieben Jahre der Kanzlerschaft von Schröder. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass der statistische Zusammenhang mit 0,4 einen mittleren bis starken Effekt aufweist.

(4) Zudem wurden weitere Faktoren untersucht: (a) die Anzahl der Fraktionen im Parlament in der vorangegangenen Wahlperiode, (b) die Frage, ob die Partei des Amtsinhabers sich in einer Koalition befand sowie (c) welche Mehrheit die Koalition im Parlament hatte und (d) die Wahlbeteiligung⁶³. Bei keinem dieser Faktoren ergaben sich Zusammenhänge in den Berechnungen. Zusätzlich wurde die Nähe einer Landtagswahl zur Bundestagswahl analysiert.⁶⁴ Hier zeigt sich nur ein schwacher Effekt.⁶⁵ Allerdings hat kein Amtsinhaber eine Landtagswahl verloren, die am selben Tag wie die Bundestagswahl stattfand. Sieben von 19 Wahlverlusten passierten im selben Jahr wie die Bundestagswahl, was jedoch keine ungewöhnliche Häufung darstellt.

58 Träger und Oppelland konstatieren aber anhand ihrer Auswertungen der Analysen der Forschungsgruppe Wahlen, dass sich die Beurteilung der Amtsinhaber im Verlauf der Regierungszeit ‚tendenziell verbessert‘ (Hendrik Träger / Torsten Oppelland: a.a.O. (Fn. 4), S. 211).

59 Die Effektstärke beträgt 6,47.

60 Die Effektstärke beträgt 0,09.

61 Toni Sebastian Schell: a.a.O. (Fn. 3), S. 175. Dazu passen auch die Ergebnisse von Träger und Oppelland, die für einige Amtsinhaber über mehrere Wahlperioden hinweg steigende Beliebtheitswerte vorfanden (zum Beispiel für Biedenkopf in Sachsen und Schröder in Niedersachsen), für andere aber sinkende (zum Beispiel Höppner in Sachsen-Anhalt und Müller im Saarland). Vgl. Hendrik Träger / Torsten Oppelland: a.a.O. (Fn. 4), S. 215 f.

62 Hierfür werden die Wahlen, die in die Zeit von Schröders Amtszeit fallen, mit eins kodiert und die übrigen mit null. Für die Analyse wurde die Variable von Schröders Amtszeit um ein Jahr verzögert, da anzunehmen ist, dass die Effekte der Kanzlerschaft nicht direkt im Jahr 1998 auftreten, da Schröder erst gegen Ende des Jahres gewählt wurde. D.h. die Variable hat die Ausprägung 1 in den Jahren 1999 bis 2006.

63 Bezüglich der Wahlbeteiligung wurde beispielsweise untersucht, ob es einen bestimmten Wert der Wahlbeteiligung gibt, bei dem mehr Amtsinhaber verloren haben, und ob es einen bestimmten Wert der Wahlbeteiligung gibt für die Abweichung vom Mittel der Wahlbeteiligung in jedem Bundesland, in dem es gehäuft zu Verlusten kam.

64 Die Nähe zur Bundestagswahl wird dabei als kategoriale Variable abgefragt, indem erfasst wird, ob die Bundestagswahl im selben Jahr oder am selben Tag der Landtagswahl stattgefunden hat.

65 Cramer's V beträgt 0,190.

Resümee: durchaus ausgeprägter Amtsbonus für Ministerpräsidenten, potentielle Bürde bei Nachfolge während einer Wahlperiode

Der Amtsbonus für Ministerpräsidenten lässt sich für 1991 bis Mai 2022 als durchaus ausgeprägt bezeichnen. Im Einzelnen:

(1) Ministerpräsidenten verlieren nach Landtagswahlen nicht sehr oft ihr Amt. Im betrachteten Zeitraum betraf dies jeden vierten Regierungschef, wobei in nur 19 von 112 Fällen (17 Prozent aller Wahlen) die Partei eines Amtsinhabers eine Landtagswahl so verlor, dass ein Kandidat einer anderen Partei vom Landesparlament gewählt wurde.

(2) Ministerpräsidenten halten sich nach Landtagswahlen öfter im Amt als Regierungen. Der Amtsbonus für erstere ist stärker ausgeprägt als für letztere. In ungefähr drei Viertel der Fälle wurden Ministerpräsidenten wieder ins Amt gewählt, Regierungen konnten in ungefähr 40 Prozent der Fälle ihre Arbeit aus der vorangegangenen Wahlperiode fortführen.

(3) Es gibt auf Landesebene verhältnismäßig viele Wechsel im Ministerpräsidentenamt während einer Wahlperiode. 38-mal wurden im Laufe einer Wahlperiode neue Amtsinhaber von Landesparlamenten gewählt; neue Amtsinhaber nach Landtagswahlen gab es hingegen nur 28-mal. Im ersten Fall gehörten 37 der neuen Ministerpräsidenten derselben Partei an wie der vorangegangene; dies trifft in der Gruppe der zu Beginn einer Wahlperiode Gewählten auf acht zu. Diese häufigen Wahlen während einer Wahlperiode verweisen auf die Bedeutung der Wahlfunktion von Landesparlamenten, die nicht auf den Beginn einer Wahlperiode begrenzt ist.

(4) Dass ein Regierungschef bis zum Ende einer Wahlperiode im Amt bleibt, um dann nicht mehr zu einer Wahl anzutreten, ist ein seltenes Phänomen auf Landesebene. Es gab im Untersuchungszeitraum nur drei Fälle.

(5) Erfolgreiche konstruktive Misstrauensvoten sind auf Landesebene ebenfalls selten. Im betrachteten Zeitraum wurde mit der Wahl Wowereits zum Regierenden Bürgermeister von Berlin im Jahr 2001 nur ein Fall verzeichnet.

(6) Es gibt einige Faktoren, die einen Wechsel des Ministerpräsidenten nach Landtagswahlen begünstigen. Dazu gehört die Wahl ins Amt während einer Wahlperiode, insbesondere wenn sie einem Rücktritt folgt, der auf die Übernahme einer anderen politischen Position zurückzuführen ist. Dass ein Wechsel während der Wahlperiode Auswirkungen haben kann, zeigt sich an zwei weiteren Berechnungen: (a) Parteien von Amtsinhabern, die am Beginn einer Wahlperiode gewählt wurden, verloren durchschnittlich weniger Prozentpunkte bei der darauffolgenden Wahl als Parteien, deren Amtsinhaber erst während der Wahlperiode ins Amt gewählt worden war. (b) Je weniger Tage ein Ministerpräsident in einer Wahlperiode im Amt war, desto schlechter fiel das Wahlergebnis seiner Partei bei der nachfolgenden Wahl aus.

(7) Außerdem gab es eine gewisse Ballung von Amtsinhaberverlusten für SPD-Ministerpräsidenten während der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder (1998 bis 2005). Territorial sind besonders viele, nämlich drei Amtsinhaberniederlagen in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Das Land ist damit Spitzenreiter im bundesweiten Vergleich. Gleichzeitige Bundestags- und Landtagswahlen sind darüber hinaus für Regierungschefs auf Landesebene von Vorteil.

Autoren



Dr. Franziska Carstensen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Parlamentarismusforschung (IParl) und wissenschaftliche Online-Tutorin an der FernUniversität in Hagen.



Jakob Hirn ist Student an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Im Rahmen seines Praktikums am IParl hat er sich unter anderem mit der Wiederwahl von Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen beschäftigt.



Kevin W. Settles ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IParl.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Instituts für Parlamentarismusforschung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

DOI: 10.36206/BP2022.02

Herausgeber

iparl

Institut für
Parlamentarismus-
forschung

Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de
@i_parl

www.iparl.de



STIFTUNG
Eine Einrichtung der Wissenschaft &
Demokratie

